№ 184 A 94 Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 19. April 1925 V

Vossische Zeitung

20 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Englands größte Sorge.

Reformpläne zur Arbeitslosenfrage.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London,** 18. April.

Am Mittwoch wird in London eine ausschließlich wirtschaftspolitischen Fragen gewidmete Kabinettssitzung stattfinden, in der voraussichtlich eine Entscheidung von größter weltwirtschaftlicher Bedeutung fallen wird. Auf der Tagesordnung der Kabinettssitzung stehen die Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge und die Besprechung des Arbeitszeitgesetzes für Fabrikarbeiter. Diese Beratungsgegenstände sind die Fassade, hinter der sich Verhandlungen von größter grundsätzlicher Bedeutung vollziehen werden.

Die drei politischen Parteien Englands, die Konservativen, die Arbeiterpartei und die Liberalen, haben sich bei parlamentarischen Verhandlungen und inoffiziellen Besprechungen führender Persönlichkeiten über den Grundsatz geeinigt, daß die unproduktive Form der gegenwärtigen Arbeitslosenunterstützung, die nichts anders als eine schlecht verschleierte Armenunterstützung darstellt, durch eine neue Form ersetzt werden muß, die zugleich bestimmt ist, die Produktivität zu fördern, und die die Arbeiter vor dem fortdauernden Rückgang der Arbeitsfähigkeit schützen soll.

Die beabsichtigte Reform, die wahrscheinlich von der überwiegenden Mehrheit aller Parteien akzeptiert werden wird, geht von folgendem Gedankengange aus:

In der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist unter den heutigen Kredit- und Absatzverhältnissen nicht mit einem Sinken der Arbeitslosenziffer unter eine Million zu rechnen. Die Ernährung von einer Million Arbeitsloser muß also vorläufig Jahr für Jahr als ein fester Posten in das Budget eingestellt werden. Die direkte Zahlung der Arbeitslosenunterstützung ist nach Ansicht der maßgeblichen englischen Sozialpolitiker die demoralisierendste Form der Erfüllung der staatlichen Unterhaltspflicht.

Das Arbeitsministerium und das Handelsministerium bringen daher den Vorschlag vor, in Zukunft denjenigen **Industriekreisen,** die ans Kapital- oder Kreditmangel nicht in der Lage sind, in vollem Umfang ihre organisierten Arbeiter zu beschäftigen, jährlich à fonds perdu **Staatssubventionen zu zahlen, die sich errechnen durch die Kapitalisierung der Arbeitslosenunterstützung derjenigen Arbeiter, denen die Fabrik oder der Konzern bei günstigeren Kreditbedingungen über den bisherigen Arbeiterbestand hinaus Beschäftigung gewähren könnte.**

Wenn zum Beispiel eine Maschinenfabrik in der Lage sein würde, durch Einstellung von tausend Mann Arbeitsloser Standardartikel auf Vorrat zu produzieren oder durch Erweiterung der Produktion billiger herzustellen, so würde die Regierung nach dem jetzt in Vorschlag gebrachten Subventionsverfahren bereit sein, der betreffenden Fabrik **den tausendfachen Jahresbeitrag der Arbeitslosenunterstützung eines verheirateten Arbeiters sofort in bar als Zuschuß zu den Produktionskosten auszuzahlen.** Um eine derartige Produktionspolitik organisatorisch zu unterstützen, soll die Novelle zum Fabrikarbeitergesetz eine rationelle Einteilung der Arbeitszeit im Sinne der Verallgemeinerung kontinuierlicher Produktionsprozesse und das Einlegen von Ueberstunden erleichtern.

In führenden englischen Wirtschaftskreisen begründet man zwar diese neue Subventionspolitik mit der Notwendigkeit, einer Demoralisation der englischen Arbeiterschaft vorzubeugen. Aber man weist zugleich als Begründung für eine derartige Maßnahme darauf hin, daß die deutsche Industrie durch die Ruhrentschädigung und die französische Industrie durch die von Herriot und Clementel zur Besänftigung der politischen Opposition der Kreise um Poincaré und Millerand zur Verfügung gestellten Inflationsmilliarden als wohlfeile Industriekredite bereits solche staatlichen Subventionen, die geeignet seien, die Produktionskosten zu verbilligen und die Konkurrenzfähigkeit im Wettbewerb mit dem Auslande zu steigern, erhalten hätten.

Das Symbol.

Von

Julius Elbau.

Der ungeheure Umbildungsprozeß des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, der um die Wende des 16. Jahrhunderts einsetzte, dieser elementare Vorgang, der in immer rascherem Fluß die alten Ordnungen auflöst und neue Verbindungen hinweg ist über Meere und Erdteile schafft, ist durch die Weltkatastrophe des Weltkrieges in das entscheidende Stadium getreten. Für die Völker Europas ergibt sich die Pflicht, bei der Gestaltung dieses Weltgeschehens handelnd mitzuwirken, um ihrer selbst willen und um dessen willen, was Europa, wenn es seine Mission erkennt, für die ganze Menschheit bedeutet, auch jetzt noch, wo es seinen Vorsprung gegenüber dem neuen Westen und dem alten Osten zum großen Teil eingebüßt hat. Alle Betrachtungen, die an die Gegenwart und an die Zukunft den Maßstab einer angeblich besseren Vergangenheit anlegen, sind nicht nur unnütz, sondern schädlich, weil sie den Blick ablenken von der Erkenntnis der ungeheuren Aufgaben, deren Lösung gerade jetzt für unabsehbare Zeit bestimmend sein wird. In dem großen Schmelztiegel der Geschichte ist die überlieferte Form der Monarchie auch dort, wo sie scheinbar glanzvoll und unerschütterlich dastand, zu Staub verbrannt. In Osteuropa ist an ihre Stelle der Versuch getreten, gestützt auf eine fanatisierte und sektenmäßig gebundene Minderheit eine Gewaltherrschaft aufzurichten, deren Fortdauer Rußland zu einem Teil Asiens machen würde. Deutschland hat sich, wie das ganze übrige Europa, zur Demokratie bekannt.

Für den komplizierten Aufbau des deutschen Volkes bietet die Führerfrage zweifellos größere Schwierigkeiten als bei den Nationen, die seit Jahrhunderten staatlich geeinigt und durch revolutionäre Vorgänge von den Bindungen des Feudalismus befreit worden sind. Zugleich läßt seine wirtschaftliche Struktur, die für ein Sechzig-Millionen-Volk nur dann Nahrung bietet, wenn die höchste Qualitätsarbeit geleistet wird, keinen Spielraum für reaktionäre Experimente, seien sie faseistischen, seien sie bolschewistischen Charakters. So muß man mit Alfred Weber, der gerade jetzt die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa" mit bewundernswertem Geist behandelt hat (Deutsche Verlagsanstalt) zu der Ueberzeugung kommen, daß die demokratische Grundlage für Deutschland allein in Betracht kommt, daß sie aber ergänzt werden muß durch die Herausbildung einer Führerschicht zu einem System der „unegalitären Demokratie". Das ist gewiß nicht ganz einfach, aber nur Dummköpfe können glauben, die komplizierten Verhältnisse des Gegenwartsstaates mit dem Stockprügel oder dem Schießprügel ordnen zu können. Diese „unegalitäre Demokratie" hat sich in England bereits zu einem bewundernswerten Instrument ausgebildet, bei dem die Führerschicht bei aller Gegensätzlichkeit dasjenige Maß von innerer Uebereinstimmung und persönlichem Zusammenwirken bietet, das die kraftvolle und kontinuierliche Führung der Staatsgeschäfte im Wechsel der Kabinette garantiert. Dabei tritt, wie Weber richtig hervorhebt, das Parlament nur insoweit in Funktion, als es zum Ausgleich zwischen Volksströmungen und Führerwillen notwendig ist. Häufige Auflösungen verstärken das Element der direkten Demokratie in diesem Staatsaufbau, dessen monarchische Dekoration gerade wegen ihrer Bedeutungslosigkeit aus derselben Pietät beibehalten wird, mit der man die Perücke des Unterhaussprechers konserviert. Auch in Frankreich hat sich die Führeranalese in ähnlicher Weise vollzogen und bewährt. Und gerade jetzt wieder steigt dort aus heftigen Wirren eine Führergruppe auf, die nach außen und innen die stärkste Autorität besitzt. Dabei ist es beachtenswert, daß die größte Militärmacht Europas Wert darauf legt, ihr neues Kabinett draußen in der Welt als pazifistisch anzupreisen. Der französische Funkspruch, der an alle Welt geht, spricht ausdrücklich von dem „pazifistischen" Triumvirat Painlevé-Briand-Caillaux. Und in der Tat ist es Frankreich gelungen, in Amerika und England mit diesem neuen Kabinett den günstigsten Eindruck zu erwecken.

Wir haben das nicht nötig! Deutschland, von dem die Rechtsradikalen seit Jahren erzählen, es sei in die tiefste Ex-

Die Forderungen an Marx.

Von

Dr. Carl Petersen,

Regierender Bürgermeister von Hamburg.

* **Hamburg,** 17. April.

Das deutsche Volk hat bei der Reichspräsidentenwahl Gelegenheit, sich klar zu entscheiden, ob es den Ausbau der demokratischen Republik auf der Basis der Weimarer Verfassung will oder nicht. Will es ihn, so wird es sich zu Wilhelm Marx, diesem erfahrenen Politiker und deutschen Mann von aufrichtiger Vaterlandsliebe bekennen müssen, nicht, weil es den greisen Feldmarschall weniger verehrt, sondern weil es die Zuspitzung der innerpolitischen Schwierigkeiten und die Erschwerung unserer außenpolitischen Lage vermeiden muß, die Hindenburgs Erwählung bringen würde. Marx hat bereits als Reichskanzler bewiesen, daß er das Vertrauen verdient, der Anwalt aller Deutschen zu sein, daß er nicht Parteidiener, sondern Volksdiener zu leisten gewillt ist. Er wird als Reichspräsident von der gleichen hohen Verantwortlichkeit geleitet werden.

Wenn auch der Reichspräsident nicht der Träger der deutschen Politik ist und sich gebunden fühlen muß an seine verfassungsmäßigen Verpflichtungen, so ist er doch ein entscheidender politischer Faktor für die Sicherung der Entwicklung unseres Volkes zu pflichtbewußter Staatsgesinnung. Er muß sich darum mit dem Herzen zur neuen Staatsform bekennen und in freudiger Aktivität für sie wirken können. Er muß ferner dem politischen Leben aufs engste verbunden sein, ohne darum parteipolitisch zu fühlen, muß die Gegensätze ausgleichen, die uns als Volk so empfindlich schwächen, und das Vertrauen gerade jener Kreise besitzen, die früher in Opposition zum Staate standen und jetzt bereit sind, an der Bildung einer starken und ihrer Würde bewußten deutschen Nation mitzuarbeiten.

Diese Forderungen, die wir an den künftigen Reichspräsidenten stellen müssen, erfüllt nur Wilhelm Marx, und darum gehört ihm am 26. April die Stimme jedes Deutschen, der ruhige Entwicklung im Innern und die Stärkung unserer Position nach außen will.

*

Freiherr v. Hate, ein hochangesehenes Mitglied der Deutsch-Hannoveraner, gibt in dem Parteiorgan der Welfen eine Erklärung ab, in der er dem Gerücht entgegentritt, daß er aus der Partei ausgetreten sei, weil diese das Eintreten für Hindenburg fordere. Da die Partei keinen Gewissenszwang übe, bleibe ihm auch als Parteimitglied die Möglichkeit, Marx als Reichspräsidenten zu wählen. Diese Haltung ist typisch für weite Kreise der Deutsch-Hannoveraner.

„Die paar Jahre, die ich nach dem Kriege noch zu leben habe, will ich in Ruhe verbringen!" — sagte Hindenburg.

Erfüllt seinen Wunsch — wählt Marx!

0171